

Bestrebungen des Ausschusses bestrebt wurde vorzutragen. Es bitte, daß das mit aller Schärfe erachtet (1) werde.

Ministerialrat Dr. David: Den Vorwurf der illoyalen Politik habe ich in erster Linie an die Adresse des damaligen Chefs des inneren Antritts (Staatssekretär a. D. Zimmermann) gestellt, der am 12. Dezember der Presse vertraulich mitgeteilt hat, daß wir unser Friedensdoktrin nur genutzt hätten, um der Friedensrichter Wiljons zuvorzukommen. Das war ein illoyales Verbrechen. (Zimmermann rief sehr erregt: „In dieser Weise werden wir hier öffentlich angeklagt.“) Das Verhalten des Staatssekretärs Zimmermann ist die Grundlage für den Vorwurf der illoyalen Politik. Ich halte diesen Vorwurf durchaus aufrecht. Das Herr a. Reichsmann sollweg für seine Person eine illoyale Politik nicht freien wollen, davon bin ich fest überzeugt, aber in der Wirklichkeit auf Amerika mußte diese Politik sachlich so aussehen werden.

v. Bethmann Hollweg: Ich kann mich nicht an den Ausschuß die Frage, ob dieser Saal dazu dienen sollte, daß Mitglieder der Reichsregierung hier öffentlich schwere Anklagen erheben. Selbstredend erklärte anschließend, daß er diesen Saal verlassen werde, wenn auf diese Frage keine befriedigende Antwort erfolgt.

a. Reichsmann: Ich stehe nicht hier, um mir von einem Mitglied der jeweiligen Regierung solche Anklagen vor aller Öffentlichkeit ins Gesicht schlendern zu lassen. (Neuer Beifall im Zuhörerraum!)

Der Vorsitzende gibt der Ausschaltung Ausdruck, daß die Auseinandersetzung von Dr. David in der Form, wie sie hier gemacht wurde, nicht dem Ausschuss trage, was tatsächlich der Gesamtstand des ganzen Verfahrens ist. Der Ausschuss wird aber über die Frage beraten.

Dr. Zimmermann (sich erregt) erklärt, bisher geglaubt zu haben, daß alle in diesem Saale von der Unparteilichkeit des Ausschusses so viel durchdrungen seien, daß so etwas unterblieben wäre. Jetzt hält Zimmermann fest, müssen aber annehmen, was Dr. David sagt, ohne daß wir wie im Parlament das Recht haben sollen, ihm sofort zu antworten. Der Vorwurf einer illoyalen Politik ist untersetzt. Ich weise ihn mit aller Schärfe zurück.

Darauf zieht sich der Ausschuss zu einer längeren Beratung zurück, als deren Ergebnis der Vorsitzende folgende einstimmige angenommene Erklärung abgibt: Der Untersuchungsausschuss ist nach der Verfassung ein selbständiges Organ zur Unterforschung von Tatsachen. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann erst nach Erstellung des Beweismaterials erfolgen. Vertretende von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind deshalb für den Ausschuss nicht maßgebend. Sowohl die Form von Auseinandersetzungen im Staatsrätehaus als auch gegeben hat, ist sie aber vom Vorsitzenden getroffen worden und wird gegebenenfalls weiter getroffen werden.

Gegen Schluß der Sitzung wurde die Freizeit der amerikanischen Kommunisten erörtert. Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend verlängert.

Warum am 7. November 1919 in Deutschland die Revolution nicht ausgebrochen ist?

Der Kommunist für Nordwestdeutschland greift in seiner Kritik vom 11. November die Unabhängige Sozialdemokratische Partei heftig an, weil sie nicht auf Kommando der Kommunisten am 7. November die Revolution begonnen hat; er schreibt:

Der 7. November hat uns schon tatsächlich bewiesen, daß das Kommando der U. S. P. Deute zur dritten Internationale revolutionäre Worte sind, denen gegenrevolutionäre Taten folgen. Die dritte Internationale (Kommunistische Internationale) hatte für diesen Tag, daß revolutionäre Proletarier zu Massenaktionen und Allianzschlachten gegen Sowjetrußland und die proletarische Revolution aufrufen. Die U. S. P. schafft es aber in der Gesamtheit wie auch in den Gruppen, die schon ein Lippenbekenntnis für die dritte Internationale abgelegt haben, ab, sich an diesen Aktionen zu beteiligen.

Der 7. November hat uns schon tatsächlich bewiesen, daß das Kommando der dritten Internationale, ist ein neues Bekenntnis zum Zentralpazifismus, zur Vernichtung des proletarischen Klassenkampfes mit revolutionären Mitteln, damit nach wie vor ein Abstand von der proletarischen Revolution überhaupt.

Für diesen „Betrug“ folgt die Strafe auf dem Fuße, der Kommunist drückt aus der Anweisung, die der Kommunistenkomitee in Moskau im März d. J. zur Bekämpfung der U. S. P. herausgegeben hat, den folgenden Passus ab:

„Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionären Elemente vom „Zentrum“ (U. S. P.) abzuhalten, was nur durch schmähungslose Art und Bloßstellung der Führer des Zentrums zu erreichen ist. Der organisierte Bruch mit dem Zentrum ist eine absolute historische Notwendigkeit. Es ist Aufgabe der Kommunisten eines jeden einzelnen Landes, den Augenblick dieses Bruchs je nach der Entwicklungsstufe, die die Bewegung bei ihnen erreicht hat, zu bestimmen. Dieser Zeitpunkt ist in Deutschland zum mindesten seit der Novemberrevolution gegeben. Der Trennungskampf zwischen U. S. P. und Kommunisten wurde in dieser Zeit denn auch ausschließlich gesogen.“

Der Ton der deutschen Kommunisten über die U. S. P. ist verständlich, denn da die U. S. P. die Revolution nicht auf Kommando der Kommunisten gemacht hat, stehen sie nun als die blamierten Europäer da. Sie haben einen so schändlichen Besuch heraufgeholt, wie die Revolution und warum sie zu „machen“ ist. Und nun hat die Masse mit Schweigen geantwortet. Zu ihrem großen Nachteil haben die Kommunisten die Kleinigkeit übersehen, daß die U. S. P. keine Alliiate der Kommunisten ist, die man zur Revolution kommandieren kann. Zur Strafe dafür soll sie nun vernichtet werden. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Wirklich revolutionäre Elemente in der U. S. P., die den Weg zu einer solchen Partei suchen, können das Ziel nur erreichen durch ihren vorausberechneten Anschluß an die kommunistische Partei.“

Einige Schwierigkeiten dürfte es für die revolutionären Elemente schon geben, wenn sie sich der kommunistischen Partei anschließen wollten, denn gegenwärtig bestehen in Deutschland so viele Rücksichten und Gruppen von ihr, daß es ihnen schwer werden könnte, die zielgerichtete herauszufinden, unter denen diese sich gegenwärtig befinden. Sie seien genau politisch verknüpft wie die U. S. P. Für die Kommunisten und überhaupt für alle Minderheitsparteien gilt heute mit aller Schärfe, was Marx den Minderheitsparteien ins Stammbuch geschrieben hat, als er bei den Auseinandersetzungen im Kommunistenbund 1850 sagte:

„An die Stelle der kritischen Anschauung steht die Minderheit eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Stat! der wirklichen Verhältnisse wird ihr der hohe Willen zum Erreichbar. Während wir den Arbeitern sagen: „Sie haben 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Volkskämpfe durchzumachen nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zu politischer Herrschaft zu befähigen“, sagt Ihr im Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schämen legen.“

Der Fall Hiller.

Wir halten hierlich den Fall Helmuth, die Verbürgung eines deutschen Soldaten durch seinen Vorgesetzten, nach dem Berliner Tageblatt mit der Namensnennung des Verdächtigen mitgeteilt. Wie hierlichlich der Verdächtige dem beim Militärgericht angehängten Prozeß entgegensteht, erhält aus einem Schreiben, daß der Oberleutnant d. R. und jeglicher Assessor Hiller uns zu senden ist, um zu bestimmen. Er erklärt, daß er das Militärgericht um möglichst späte Verhandlung des gegen ihn schwedenden Verfahrens ersucht habe, und daß ihm dies zugesetzt sei. Großartig. Aber damit nicht genug. Die vorgesehene Behörde Hillers, die Reichsentschädigungskommission, hat eine am 11. (1) Erklärung erlassen, die u. a. sagt:

Nach Angabe des Herrn Hiller sind die Beschuldigungen unwahr und die Vorgänge, welche den Beschuldigungen zugrunde liegen, stark entstellt wiedergegeben.

Herr Hiller hat gegen die Münster Strafanzeige wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, was hiermit bekanntgegeben wird.

Berlin, den 8. November 1919.

Der Präsident der R. E. K.

ges. f. V.: Kapitalist.

So wird der Angeklagte von seiner republikanischen Behörde von vorherher in Schutz genommen, obwohl nochträchtig immer mehr belastende Momente gegen Hiller zusammengetragen werden.

Wie der Rechtsanwalt Dr. Feder im Berliner Tageblatt mitteilt, bestätigen die weiteren Informationen seine erste Darstellung in allen wesentlichen Punkten. Ein aus der Internierung zurückgeliehener Unteroffizier erinnert sich des Vorganges ganz genau. Er erklärt, daß Bild des schwedischen Helmhauses, der wehrlos am Baum hing, und den sein Kompanielleiter mit den Worten: „So, du Schwein!“ mehrmals kräftig ins Gesicht schlug, niemals losgeworden zu sein.

Und weiter schreibt Dr. Feder: „Assessor Hiller weiß auch, daß die hier gemachten Feststellungen nur einen Teil des gegen ihn vorliegenden Anklagematerials bilden. Nicht erwähnt wurde von dem Bild des Schriftstellers Thomas, des Heiligkreuzflügeln Studenten Müller, des Unteroffiziers Küster, des Gardesoldaten Müller XII, nichts erwähnt davon, daß er Mannschaften unter Unteroffiziere unterschiedlos beschimpft und mit Spaten, Seltenschwert und Stock mißhandelte; nichts davon, daß er den strengen Arrest durch Andenken so häufig verhantete, daß der diensttuende Unteroffizier sich veranlaßt sah, in Duhenden von Fällen diese sinnlosen Befehle einfach nicht auszuführen.“

Die Viehbestrafung, mit denen Herr Assessor Hiller seine Untergebenen belegte, waren: „Mistieb“, „Ach“ und „Schwein“. Ich mache Assessor Hiller hieraus keinen Vorwurf. Feder hat seinen eigenen Geschmack. Aber der Gedanke, daß derselbe Assessor Hiller, der so auf den Ehre anderer herumtrat, ledig seineswerts Publizisten, die einer öffentlichen Pflicht genügen, mit einem Strafmandat wegen „Gefährdung der Freiheit“ droht, ist so grotesk, daß man Assessor Hiller nur empfehlen kann, klüglich in dieser Sache sich eines schönen Stillschweigens als befreiend zu halten.

Das Bezeichnende bleibt an der ganzen Angelegenheit, daß Hiller nach wie vor in einer staatlichen Stellung Dienst tun kann. Die Regierung steht in der Angelegenheit nicht das geringste Interesse. Was man verstehen kann.

Friedensmanöver der Entente?

Bern, 14. November. Nach französischen Pressemeldungen wird voraussichtlich noch diese Woche in Helsingfors eine wichtige Zusammenkunft für die Annullierung von Friedensverhandlungen zwischen der Räteregierung und den Alliierten stattfinden. Sovietschland soll bereits seine Vertreter bestimmt haben, um mit den Delegierten Englands in Verhandlungen zu treten. Während der Dauer der Konferenz müssen die Feindstädte auf allen Kriegsschauplätzen eingeschlossen werden. Die Räteregierung in Moskau wird mit ihren Unterhändlern stets telegraphische Verbindungen unterhalten. Ein russischer Friedensvorschlag ist für den Waffenstillstand eine Dauer von zwei Wochen vorgezeichnet. Diese Frist soll jedoch unterstüttungswegender gegenwärtiger Zustimmung verlängert werden. Die beiden Parteien sollen sich verpflichten, während des Waffenstillstands auf dem Gebiete des ehemaligen russischen Reiches kleinerer Kriegsmaterial und Truppentransporte vorzunehmen.

Im Gegensatz zu dieser Meldung, die unwahrscheinlich klingt, berichtet Reuter von einer Sitzung des englischen Unterhauses, in der der englische Ministerpräsident Lloyd George die Wiederlage der Weißen Garde zwar zugab, jedoch erklärte, daß die russische Politik der englischen Regierung dieselbe bleibe wie bisher. Die den Regierungen Russlands gefestigte Linie beläuft sich auf über hundert Millionen Pfund. Aus menschlichen und wirtschaftlichen Gründen müsse der Bürgerkrieg in Russland bald aufhören. Deshalb sei die englische Regierung auch immer bereit, alle Bestrebungen einzunehmen, die auf die Wiederherstellung des Friedens in Russland gerichtet seien und dort eine Art konstitutionelle Regierung errichten wollten, die die Zustimmung der Bevölkerung lände. Die Alliierten hätten diese ihre Meinung in einem Brief an den Admiral Koltschak fundiertan, in dem geagt wird, daß die alliierten und angloamerikanischen Mächte beabsichtigen, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der die verschiedenen russischen Regierungen vertreten sein und auf der die Probleme, deren Regelung auf der Friedenskonferenz nicht möglich gewesen sei, mitgeprägt werden sollten. Lloyd George drückte sich, wie immer, unklar aus. Nach seiner Meinung muß man annehmen, daß die internationale Konferenz Sowjetrußland nicht teilnehmen lassen will. Die Beurteilung über den von der Entente protestionierten Bürgerkrieg ist nur eine Folge der Niederlage der weißen Garde.

Die baltischen Landsknechte werden den Rosidenformationen eingereicht.

Berlin, 14. Novbr. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die aus dem Baltikum heimgekehrten Truppen sind nicht in Preußen stationiert, sondern sogleich an ihre Demobilisationsorte weitergeführt worden bzw. an diejenigen Orte, in denen sie mit der Reichswehr verschmolzen werden sollen (!!).

Das eröffnet noch dem Verhalten der „Balkenkämpfer“ in Kurland liebliche Perspektiven für künftige Kampfmethode der Rosiden innerhalb Deutschlands.

Das Ballengeld wird weiter gedrückt.

Berlin, 14. November. Die R. A. am Mittag meldet: In der Buchhändlerschule (1) von Robert Müller in Potsdam (1) wurde eine größere Anzahl Druckbogen für Anteilstexte der westfälischen Regierung beschlagnahmt. Der Buchdrucker meint, daß es sich um einen rechtmäßigen Auftrag handelt und ein Rechtsgrund für die Beschlagnahme nicht ersichtlich sei. — Auch eine Aussöhnung.

Deutschland.

Jede Überfürzung muß vermieden werden.

Vier Entwürfe über das Reichstagswahlrecht liegen dem Kabinett vor. Die Kölnische Zeitung hat bereits einen davon veröffentlicht. Danach sollen die Wahlkreise verkleinert und das Wahlkreiswahlrecht so geändert werden, daß jeder Kandidat, der in einem Wahlkreis mindestens 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, als gewählt zu gelten hat. Dagegen sollen die Stimmen derjenigen Kandidaten, die hinter dieser Zahl zurückbleiben, für die verschiedenen Parteien für das ganze Gebiet des Reichs zusammenge stellt werden, und an der Hand ihrer Vergleichung weitere Abgrenzungen als gewählt gelten. Man würde also zu Abgeordneten gelangen, die aus

deutschen Wahlkreisen herkommen, und zu andern, deren Stimmenzahl sich aus mehreren Wahlkreisen zusammensetzen.

Die Note an die Presse besagt, es solle bei der Wichtigkeit des Gesetzes mit aller Sorgfalt vorgegangen und „jede Überfürzung vermieden werden“.

Der Verkauf von Menschenleisch in Petersburg.

Der Aufzug des Leipziger Tageblatts, dessen Nachredakteur hierlichlich die für die bürgerliche Verläuterung bezeichnende Nachricht von Menschenleischeverkauf im hungiernden Petersburg registrierte, hat natürlich Leipzig's albernes „Standes-nun-leben“ Blatt alias „Neueste Schwindelnachrichten“ nicht ruhen lassen. Sie läufen in ihrer Freitag-Ausgabe des letzten Schwund legend eines zentralen Hindernis-Holzloten als „Lexie Drachmelmünder aus Elberfeld“ auf.

Was soll man mehr bestaunen? Die Skrupellosigkeit der kapitalistischen Betriebsschwundler oder die geistige Parallele der Händlerchaft solcher Prokongne, die ihren Vatern derartigen Mist vorwerfen dürfen? Mit derartigen Verdummungsmethoden will man auf Seite des Bürgertums den „Bolschewismus“ bekämpfen. Der Erfolg kann nicht ausbleiben.

Die Sozialisierung in dem Ahlenschrank.

Der Köln-Münsterer Bergwertverein hat für das letzte Geschäftsjahr seinen Aktienkunden eine Dividende von 35% Prozent und jener einen Bonus in gleicher Höhe ausbezahlt. Der aktuelle Preis einer Aktie im Reinwert von 1800 M. „verdiente“ damit im Geschäftsjahr 1918/19 rund 1000 M. ohne den Finger krumm zu machen.

Die Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagengeellschaft „Mitropa“, die ihre Speise- und Schlafwagen auf den deutschen Bahnen laufen läßt, verbiente im letzten Geschäftsjahr soviel, daß sie außer sehr beachtlichen Abschreibungen und Dividenden den ihren Direktoren noch Eigentagsvergütungen in Höhe bis zu 80 000 M. auszahlen konnte.

In Petitionen an die Nationalversammlung über diese Fälle kapitalistischen Buchers — anders kann man ein Geschäftsbüro nennen mit solch gewaltigen Reinverdiensten wohl kaum nennen — war die Sozialisierung der beiden genannten Gesellschaften verlangt worden. Der Ausschuss für Volkswirtschaft wußte aber keinen anderen Rechtsgrund zu fassen, als die Angelegenheit der Reichsversicherung als Material zu überwollen. Mit andern Worten: Sie wird in einem Ahlenschrank beerdigt.

Abreise der deutschen Delegation nach Washington.

Berlin, 15. November. Es wird gemeldet, daß die deutsche Delegation zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington am Sonntag die Abreise nach den Vereinigten Staaten über Bergzonen antreite.

Die Verordnung gegen die Kapitalflucht tritt nach einer offiziellen Meldung am 1. Dezember in Kraft. In eine Hinausziehung der Verordnung läßt sich nicht gebach werden. — Hat man Worte? Glücklich über ein Jahr hat man unätig angesessen, daß Monat für Monat ungezählte Milliarden Kapital ins Ausland vertrieben wurden. Und jetzt findet man, eine Frist losließ, den Kapitalisten noch großartig die viel zu spät kommende Verfügung gegen die Kapitalflucht an!

Gegen den Bußtag haben unsere Genossen in der preußischen Landesversammlung folgenden Votum eingebracht: die Staatsregierung zu erüthern, a) den Bußtag als gesetzlichen Feiertag anzubilden, b) den 8. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Die Annahme der oberschlesischen Kommunalwahlen durch die Entente wird jetzt nach einer Pariser Meldung bestätigt.

Offizielle als Schieber. Nach der Münchner Post wurden der Oberleutnant und Adjutant Biermann und Leutnant Seiwald, beide beim Gefangenendurchgangslager Lübeck, wegen Verschwiegenheit von Geheimdienstern verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Augsburg eingeliert. Ein Bankkonto von 90 000 M. wurde beschlagnahmt. Die Untersuchung läßt noch weitere Verhölflichkeiten in die Angelegenheit verdeckeln. — Gleich der Gesellschaft

Die Mainzer Stadtoberenwahl brachten der unabhängigen Partei, die bisher in Mainz noch keine Agitation gegeben hat, auf einen ersten Anlauf 6000 Stimmen gegen 18000 der Rossepolisten. — Die erste Wiese in der Davidsburg wäre erzielt.

Keine falschen Hundertmarkstähne verbreitet. Ähnlich heißt es: Die französische Zeitung Le Temps meldet aus der Schweiz, Deutschland sei von falschen Hundertmarkstähnen überwältigt, die vermutlich aus einer internationalen revolutionären Organisation herrühren. Die Reichsbank zieht täglich eine Menge Falsifikate ein, die Presse schwiege infolge beobachteten Erfolges einsilbig über diese Angelegenheit. — In dieser Weltung, die öffentlich ein neuer Versuch der feindlichen Presse ist, die deutschen Banknoten zu discreditieren, ist kein wahres Wort.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die ungarischen Weißen Garden, die sogenannte Nationalarmee, haben einen pomposen Einzug in Budapest gehalten, vom nationalistischen Pöbel gefeiert.

Wieder 88 deutsche Handelsfahne verloren. Das Antwerpener Urteilsericht fällt in der Angelegenheit der 1914 von der belgischen Flotte in Antwerpen beschlagnahmten deutschen Schiffe das Urteil und erklärt die Presse als gültig. Es handelt sich um 88 Schiffe mit ungefähr 150000 Tonnen.

Strafverfolgung deutschfreundlich gesetzter Belgier. Nach einer Meldung aus Antwerpen wurde der Abgeordnete Hendrikx wegen Einverständnisses mit dem Feinde zu zehn Jahren Zwangsarbeit (1) verurteilt.

Bon, Nah und Fern.

Verantrag eines Güterzugs auf offener Strecke.

Hamburg, 14. November. Amtlich wird mitgeteilt: Als gestern der Güterzug 881 von Altona bei Bremen nach Wilhelmshaven die Ebbe der Flutzeit, mußte er infolge des Schneeverbaus Wilhelmshaver Bahnhofs auf freier Strecke längere Zeit festliegen. Allmählich wurde der Zug von einer immer größer werdenden Anzahl zweifelhafter Elemente umlauert, die schließlich anfangen, die Wagen auszubauen. Das Zugpersonal war gegen die Banden vollständig machtlos. Erst beim Eintreffen des Telegraphenberichtes ergriffen die Polizisten die Flucht. Der Wert der in großen Mengen geraubten Waren ist noch nicht genau festgestellt.

Unterbrochener Schieberzug.

Hamburg, 14. November. Gestern abend landete bei Bergedorf ein mit zwei Personen, dem Führ